



vhw

Städtenetzwerk für lokale Demokratie durch Bürgerorientierung in der integrierten Stadtentwicklung

Die Zukunftsfähigkeit der Stadtgesellschaft setzt eine bürgerorientierte integrative Stadtentwicklung voraus. Vor diesem Hintergrund wird der vhw im Jahr 2010 ein Städtenetzwerk aufbauen. Auf Grundlage der vhw-Milieuforschung, die die Einstellungen der Bürger im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung transparent abbildet, soll im Rahmen des vhw-Städtenetzwerks für lokale Demokratie die bürgergesellschaftlich orientierte Stadtentwicklungspolitik weiterentwickelt und gestärkt werden. Ziel ist eine Verbesserung des Dialogs zwischen Stadt, lokaler Wirtschaft und Bürgern. Seit dem Start des Städtenetzwerkes Mitte 2010 sind bereits dreizehn Städte beigetreten.



Unser Gemeinwesen steht vor großen Herausforderungen: Es geht um Chancengerechtigkeit zwischen den Generationen durch nachhaltigeres Handeln. Es geht um die Anpassung an den demografischen Wandel durch Ermöglichung veränderter Lebensformen. Es geht um bessere Bildungschancen, die wirkliche Integration von Zuwanderern und es geht um einen generationengerechten finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen. Brauchbare Antworten auf diese Herausforderungen werden sich nur ergeben durch ein dialogorientiertes und partnerschaftliches Zusammenwirken aller Beteiligten aus Bürgerschaft, Politik und Wirtschaft auf der lokalen Ebene. Nur „vor Ort“ in den Städten und Gemeinden liegt das nötige gesellschaftliche Potenzial, um den Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Dieses gestalterische Potenzial von Städten und Gemeinden soll im Sinne des Gemeinwohls kooperativ erschlossen werden.

Im Dialog mit dem Bürger kann die nötige Kompetenz zur Lösung der Probleme gewonnen werden. Politik und Wirtschaft sollen noch stärker berücksichtigen, dass nur partnerschaftliche Lösungen mit der Bürgerschaft tragfähige Ergebnisse hervorbringen. Dabei soll die Bürgerschaft mit und eigenverantwortlich ihren Beitrag leisten. Indem die Bürgerinnen und Bürger aktiv als Mitgestalter und „Koproduzenten“ ihrer Stadt wirken und sich damit stärker als zuvor mit ihrem Gemeinwesen identifizieren, werden die lokale Demokratie und das Gemeinwohl dauerhaft gestärkt. Es gilt, das Zusammenspiel der kommunalen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft in transparenten, fairen und ergebnisoffenen Dialogprozessen zu organisieren. Nur so kann es zu einer echten Teilung von gemeinsamer Verantwortung kommen, die in eine neue Form

des kommunalen Miteinanders münden kann: So entsteht Urban Governance. Dies halten wir in zentralen Fragen der kommunalen Zukunft, an denen wir arbeiten, für unabdingbar.

Wir – Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft – wollen auf diese Weise die Gemeinwesen, in denen wir Verantwortung tragen, unterstützen, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Jeder soll seinen Teil beitragen können – im wohlverstandenen Eigeninteresse wie im Interesse des Gemeinwohls.

Um dieses übergeordnete Ziel zu erreichen, benötigen wir mehr Wissen über die Lebenswelten der Bürger, Kenntnis über geeignete Verfahren, die die Chancen zum Dialog der Akteure stärken, die Fähigkeit zur Kooperation und – vor allem – Vertrauen zueinander. Dafür bedarf es der Selbstverpflichtung aller Akteure:

- Die Kommunalpolitik und die Kommunalverwaltungen fühlen sich einer integrierten Stadtentwicklung verpflichtet. Dabei werden die Bürger durch die Milieuforschung in ihrer Wertorientierung und Lebenswelt wahrgenommen und verstanden. Die so gewonnenen Erkenntnisse über die unterschiedlichen Lebensweisen werden zur Grundlage dialogischer Verfahren von Bürgerschaft, Verwaltung und Unternehmen.
- Die Entscheidungsträger aus der Wirtschaft wirken an der integrierten Stadtentwicklung mit. Dies bedeutet nicht, sich mit der Rolle eines reinen Sponsors zufriedenzugeben, sondern es erfordert die Bereitschaft, reale Verantwortung für das Gemeinwesen in Abstimmung mit der Bürgerschaft zu übernehmen.



- Die Zivilgesellschaft eröffnet bessere Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe jedes Einzelnen – neben den klassischen Strukturen von Vereinigungen, Verbänden, Parteimitgliedschaften und Konfessionsgruppen. Zur Selbstverpflichtung der Bürger gehört, das ihnen mögliche Maß an Mitverantwortung für das eigene Lebensumfeld zu übernehmen und dieses aktiv mitzugestalten.

Voraussetzung dieser die Politik, die Wirtschaft und die Bürgerschaft umfassenden Selbstverpflichtung ist, dass die

Der vhw hat sich verpflichtet, den Weg zu diesen – Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft umfassenden – Dialog- und Entscheidungsverfahren zu ebnet.

Zu diesem Zweck wird er:

- das Wissen über die Vielfalt der Stadtgesellschaft anwendungsorientiert erschließen,
- die Rahmenbedingungen für ein kommunales Netzwerk schaffen und dieses begleitend fördern,



Abb. 1

kommunalen Organe nicht als ausführende Organe der bundes- und landespolitischen Ebenen wahrgenommen werden, sondern als Partner auf Augenhöhe im politischen Prozess handeln. Diese Verantwortungsteilung schließt ein, alle lokal Handelnden als Wissensträger bürgerschaftlicher Prozesse und als Moderatoren der Dialoge und Konflikte zwischen Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft zu verstehen. Nur so kann die örtliche Ebene ihrer Verantwortung im föderalen Staatsaufbau wirklich gerecht werden.

Für alle staatlichen Ebenen bedeutet dies, mit den Kommunen einen transparenten und fairen Dialog zu führen.

Das setzt voraus, dass zwischen Ländern und Kommunen qualitative Rahmenbedingungen abgestimmt werden, die den lokalen Ebenen den Spielraum für eine Umsetzung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und der Selbstverwaltung ermöglichen.



Abb. 2

- Bürger und Unternehmen an die gemeinsame Verantwortung für die Stadt heranzuführen,
- die hierfür erforderlichen Dialogverfahren moderierend unterstützen,
- gemeinsam mit den Akteuren funktionsfähige Regelungsstrukturen entwickeln und
- das Fortbildungsangebot erweitern und damit die Akteure befähigen, Verantwortung zu übernehmen (Leadership).

Anwendungsorientierung der Milieuforschung

Im Rahmen des vhw-Städtenetzes für lokale Demokratie bietet die vhw-Milieuforschung die Grundlage für eine bürgerschaftlich orientierte Stadtentwicklungspolitik. Ziel ist eine Verbesserung des Dialogs zwischen Stadt, lokaler Wirtschaft und Bürgern. Entscheidungsbeteiligung soll dabei auf Augenhöhe erreicht sowie die Transparenz zu den Einstellungen der Bürger im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung verbessert werden.

Ein klarer Anwendungsvorteil der vhw-Milieuforschung ist deren Übertragbarkeit in den Raum (Mikrogeografie). Der vhw kann sein Milieu-Know-how in die Mikrogeografie übertragen und die Milieus bis auf Hausebene darstellen – sowohl für die Milieus der Mehrheitsbevölkerung als auch für die Migrantenmilieus. Dadurch lassen sich zum einen die Milieukonstellationen von Mehrheitsbevölkerung und Migranten kleinräumig abbilden, z. B. auf Block- oder Stadtteilebene. Gleichzeitig lassen sich so auch die Verteilungen einzelner Milieus im Stadt- raum übersichtlich erfassen.



Abb. 3: „Auf zum Städtenetz!“ (Foto: Jürgen Bitter)

Die Anwendung der vhw-Milieuforschung im Städtenetzwerk für lokale Demokratie lässt sich anhand von drei Phasen skizzieren:

In Phase I werden zunächst die vorhandenen Daten zu ausgewählten stadtentwicklungspolitischen Handlungsfeldern wie Bildung, Integration, Nachhaltigkeit, Ökonomie und Partizipation analysiert und mit den Daten über die lokalen Milieustrukturen und deren milieuspezifischen Präferenzen abgeglichen. Die analytische Arbeit der Phase I wird durch Impulse aus begleitenden Arbeitskreisen bereichert. Ziel ist es, Vergleiche zwischen den Problemkonstellationen und Lösungsstrategien einzelner Städte zu treffen und im Dialog übergreifende Fragestellungen zu thematisieren.

In Phase II dienen die Milieusurveys und die daraus abzuleitenden lokalen Handlungsoptionen für die einzelnen thematischen Handlungsfelder als Grundlage für den zu initiierenden Dialogprozess zwischen Bürgern, Stadt und lokaler Wirtschaft.

In Phase III ist es das Ziel, den in den Städten in Phase I und II angelegten trisektoralen Dialog zwischen Stadt, lokaler Wirtschaft und Bürgern/Milieus in nachhaltige Dialog- und Entscheidungsprozesse zu überführen. Das bedeutet, Rahmenlinien einer bürgergesellschaftlichen Urban Governance zu schaffen.

Was haben die Städte von der Teilnahme am Netzwerk?

Der intensive Austausch unter den Teilnehmerstädten des vhw-Städtenetzwerkes ist Grundlage für weitere Erkenntnisse bei gemeinsamen – und unterschiedlichen – Stadtentwicklungsfragen. Dabei muss der Austausch aus der rein fachlichen Ebene in die Bevölkerung getragen werden. Die Menschen müssen durch „Stadtpolitik im Dialog“ auch für abstrakte Stadtentwicklungsthemen begeistert werden. Die Bereitschaft ist dabei sehr unterschiedlich, was maßgeblich von den verschiedenen Lebenswelten abhängt, in denen die Bürger leben. Hier setzt der Milieuansatz des vhw ganz konkret an, denn wenn die Bürger für Stadtentwicklungsthemen gewonnen werden sollen, müssen sie gezielt angesprochen werden. Dafür liefern Milieuanalysen wichtige Hinweise.

Im Rahmen des Städtenetzwerk-Projektes sollen dabei insbesondere die Themen Migration/Integration, Bildung, Partizipation, Nachhaltigkeit/Klimaschutz und Ökonomie in ihrer ganz konkreten Bedeutung für die Entwicklung der Stadt bzw. eines bestimmten Stadtviertels oder Quartier vertieft werden.

Bislang machen folgende Städte im „Städtenetzwerk Lokale Demokratie“ mit: Berlin, Bergisch Gladbach, Bremen, Erfurt, Filderstadt, Karlsruhe, Kiel, Leipzig, Ludwigsburg, Mannheim, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart.

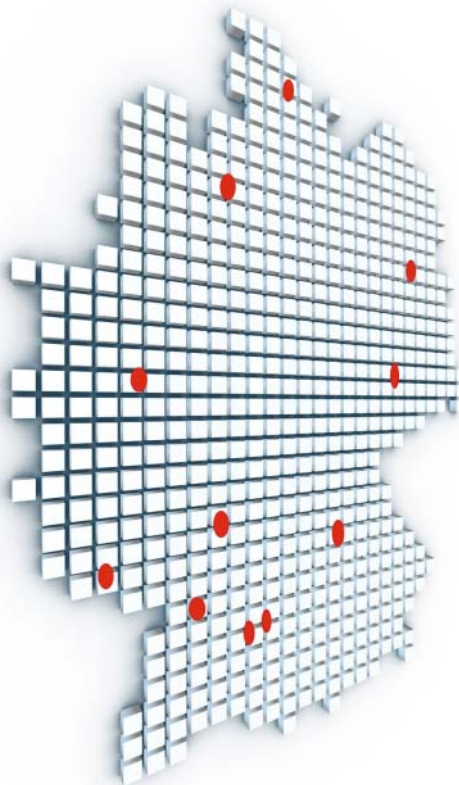


Abb. 4: Teilnehmerstädte